

Stellungnahme des WVW e.V. zum Energiegipfel von Bund und Ländern am 21.03.2013

Der mit großer Spannung und ebenso großen Befürchtungen unserer Branche erwartete sogenannte Energiegipfel im Bundeskanzleramt ist vorbei.

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier MdB, ist mit seiner „Strompreisbremse“, für die er gemeinsam mit seinem Kabinettskollegen, dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, in immer kürzerer zeitlicher Folge immer umfangreichere, teilweise rechtswidrige, einander widersprechende und wirre Vorschläge gemacht hatte, komplett gescheitert. Dies wurde optisch auch dadurch durch die Bundeskanzlerin demonstriert, dass sie auf der Bundespressekonferenz gemeinsam mit der Ministerpräsidentin von Thüringen, Christine Lieberknecht MdL und dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Torsten Albig MdL, wie ihrem Pressesprecher Steffen Seibert, auftrat, aber ohne die Bundesminister Altmaier und Dr. Rösler.

Wie aus dem beigefügten Beschluss ersichtlich, wird auch in dem weiteren Verfahren eine neue Federführung installiert, nämlich aus dem Kanzleramt durch den Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes Ronald Pofalla MdB und nicht mehr durch die Herren Altmaier und Rösler. Da der Auftrag lautet, neue Vorschläge bis Ende Mai 2013 zu erarbeiten, werden die verbleibenden drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages im Juni wohl auch nicht ausreichen, um vor Ende dieser Legislaturperiode noch irgendetwas in Gesetzesform umzusetzen. Dann gilt der Grundsatz der Diskontinuität, das heißt ein Gesetzentwurf, der nicht mehr verabschiedet werden konnte, verfällt und steht im neuen Deutschen Bundestag der 18. Legislaturperiode nicht mehr zur Verfügung. Unabhängig davon, wie die Bundestagswahl am 22.09.2013 ausgeht, muss jede neu zusammengesetzte Koalition (auch wenn es die alte sein sollte) in einem ganz neu beginnenden Verfahren sich Gedanken zur Weiterentwicklung des EEG und anderer energierelevanter Gesetze machen.

Folgerichtig lauten die Prüfaufträge für die Bund-/Länder-Kommission unter Vorsitz von Bundesminister Pofalla auch, eine grundlegende EEG-Reform in der nächsten Legislaturperiode vorzubereiten, wobei für uns wichtig ist, dass es auch heißt, dass das EEG mit seinem Einspeisevorrang und seinen langfristig kalkulierbaren Vergütungssätzen sich bisher grundsätzlich bewährt habe und Investitionen in Erneuerbare Energien langfristig sicher kalkulierbar bleiben und der Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter fortgesetzt werden muss.

Auch unser Vorschlag einer Senkung der Stromsteuer bleibt als Prüfungsauftrag sowie, dass der Europäische Emissionshandel gestärkt werden muss, um damit zur Stabilisierung des Börsenstrompreises beizutragen.

Wir sind der Ansicht, dass die hartnäckige Arbeit des Wirtschaftsverbandes Windkraftwerke e.V., die in zahlreichen Briefen und offenen Briefen und Presseerklärungen sowie in ungezählten Gesprächen mit Entscheidungsträgern des Bundes und der Länder stattgefunden hat, ihre Früchte getragen hat. Wichtig war auch, dass wir Linie gehalten haben und zu keiner Zeit die Interessen der Windkraft etwa in Onshore und Offshore aufgespalten oder andere Erneuerbare Energien gegenüber der Windkraft zurückgesetzt haben. Wir haben immer das ganze Spektrum aus voller Überzeugung vertreten und vor allem auch: Wir haben keinen vorauseilenden Gehorsam gezeigt wie andere Verbände, die schon Vorschläge im Detail vorgelegt haben, wo man bei den Erneuerbaren Energien und hier insbesondere bei der Windkraft Einsparungen vornehmen könne. Wir haben dies strikt abgelehnt und einer späteren fundierten und ruhigen Beratung eines neuen EEG überlassen.

Für den Vorstand des WVW e.V.

Dr. Wolfgang von Geldern
-Vorsitzender des Vorstandes-